

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد
بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم
از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Date: 2017-09-24

Daniel Bratanovic
27.09.2017

Positiver Universalismus

Oktoberrevolution, nationale Frage und die wechselvolle Geschichte des

Antimperialismus im 20. Jahrhundert



»Ihr seid unter der grünen Fahne des Propheten marschiert, aber alle diese heiligen Kriege waren betrügerisch, sie dienten nur den Interessen eurer eigennützigen Herrscher« – Grigori J. Sinowjew (redend) und Karl Radek (mit Brille und Mütze) beim »Kongress der Völker des Ostens« 1920 in Baku

Foto: Wikimedia Commons

In der ersten Oktoberwoche erscheint in der Berliner Edition Berolina der Sammelband »100 Jahre Oktoberrevolution. Irrweg oder Ausweg?« Die Redaktion

dokumentiert daraus vorab in einer stark gekürzten Version den Beitrag von Daniel Bratanovic »Positiver Universalismus – Oktoberrevolution, nationale Frage und Antiimperialismus«. Wir danken dem Verlag für die freundliche Genehmigung zum Vorabdruck. (jW)

Die Eckdaten, die Anfang und Ende des »kurzen 20. Jahrhunderts« bezeichnen, fallen in eins mit den Lebensdauer des Sowjetstaates. Vor 1917 und nach 1991 war bzw. wurde alles anders. Das gilt nicht zuletzt auch für jenen Teil der Erde, dessen politische Repräsentanten sich ab Mitte der 1950er Jahre für kurze Zeit einigermaßen stolz und selbstbewusst einer »dritten Welt« zugehörig fühlten und damit nicht ganz unberechtigt Unabhängigkeit und weitgehende Abwesenheit von den Zudringlichkeiten größerer Staatsmächte anzeigten. Der Kolonialismus schien ein für allemal erledigt, und dass es sich so verhielt, war wenigstens mittelbar eine Folge der Oktoberrevolution. Doch lange schon ist der Terminus »dritte Welt« zum Synonym für Rückständigkeit und Bürgerkrieg, Elend und Hunger, Not und Flucht an bzw. von Orten verkommen, die man nicht etwa deshalb beschönigend Entwicklungsländer nennt, weil dort seit Jahren fortgesetzt Soldaten aus NATO-Staaten ihre Kampffähigkeit entwickeln, sondern weil offiziell das Streben nach einem Zustand empfohlen wird, der jenem der kapitalistischen Metropolen angepasst sein soll. Da dies nicht so recht funktionieren will, wird eben nachgeholfen. Die Ergebnisse der Entkolonialisierung stehen längst in Frage, und dass es sich so verhält, ist unmittelbar eine Folge der Konterrevolution.

Zu Beginn der 1920er Jahre wussten die Feinde der sich gerade erst im Aufbau befindenden Sowjetunion sehr genau um deren Strahlkraft für die in jener Zeit noch in direkter kolonialer Abhängigkeit gehaltenen Teile der Welt. Der Asienexperte Otto Mossdorf schrieb 1923 in der Zeitschrift *Der Neue Orient*: »Sollte aber einmal die Herrschaft der Sowjets zusammenbrechen, ein Gedanke wird sich sich aus dem Ideenkreise der asiatischen Völker nicht mehr tilgen lassen, den die Novemberrevolution des Jahres 1917 nach dem Orient trug: das Ideal der nationalen Freiheit.« Mossdorf und seine publizistisch regen Schirmherren von der früheren Nachrichtenstelle für den Orient, einer Abteilung des Auswärtigen Amts für Propagandaaktivitäten, mochten darob durchaus entzückt gewesen sein, geschah dies doch zum Schaden der britischen Kolonialmacht. Und die hatte, wie einem vertraulichen Memorandum von Ende 1922 zu entnehmen ist, gute Gründe, das ganz ähnlich zu sehen: »Nicht nur in China, sondern bei sehr vielen anderen orientalischen Rassen wird der Bolschewismus als Allheilmittel angesehen, denn die bolschewistischen Propagandisten predigen enthusiastisch die

Doktrin der Rassengleichheit und das Prinzip der Selbstbestimmung, und so meint jede unterdrückte und halbunterdrückte Rasse, einen starken und machtvollen Sympathisanten zu haben. Gerade diese Idee spricht so stark die Moslems, besonders in der Türkei und in Zentralasien, aber auch die Koreaner an, ganz zu schweigen von den Persern und den Bewohnern Holländisch-Ostindiens. In den meisten Fällen ist diese Zugkraft überall präsent, auf Grund der engen Nähe des bolschewistischen Regimes zu den Ländern, die dessen Unterstützung herbeiwünschen (...). Es gibt noch einen weiteren Appell, den die Bolschewiki an die orientalische Welt richten: Das ist ihre Überzeugung vom Antiimperialismus (...). Antiimperialismus ist in der Propagandaarbeit ein passender Zwillingsbruder des Antikapitalismus, und die Bolschewiki behaupten, dass Imperialismus und Kapitalismus untrennbar miteinander verbunden sind.«¹

»Heiliger Krieg« für die Freiheit

Das hatte der Informant des britischen Außenministeriums zutreffend beobachtet. Die antikolonialistischen und antiimperialistischen Aktivitäten der jungen Sowjetmacht waren rege und fielen in eine Zeit, als die koloniale Welt in ihrer Ausdehnung zwar das »universalhistorische Maximum« (Jürgen Osterhammel) erreicht hatte, aber gleichwohl bereits sichtbar zu erodieren begann. Im September 1920 lud die ein Jahr zuvor gegründete Kommunistische Internationale zu einem »Kongress der Völker des Ostens« in die Ölstadt Baku am Kaspischen Meer. Etwa 1.900 Teilnehmer repräsentierten 30 verschiedene »Nationen«, vornehmlich unterdrückte Völkerschaften aus dem untergegangenen Zarenreich, und gehörten zu mehr als zwei Dritteln kommunistischen Organisationen an, die restlichen waren Mitglieder nationalistischer und islamischer Gruppierungen. Insbesondere an letztere schien sich das in beschwörend-eschatologischer Diktion gehaltene Abschlussmanifest zu richten: »Ihr seid unter der grünen Fahne des Propheten marschiert, aber alle diese heiligen Kriege waren betrügerisch, sie dienten nur den Interessen eurer eigennützigen Herrscher, und ihr, Bauern und Arbeiter, seid in Sklaverei verblieben nach diesen Kriegen. Ihr habt die guten Dinge des Lebens für andere erobert, habt aber selbst euch niemals an irgendeinem von ihnen erfreuen können. Jetzt rufen wir euch zum ersten wirklich heiligen Krieg auf, unter der roten Fahne der Kommunistischen Internationale. Wir rufen euch auf zu einem heiligen Krieg für euer eigenes Wohl, für eure eigene Freiheit, für euer eigenes Leben!«²

Darin drückte sich eine Haltung aus, die den politischen Islam in welcher gemäßigten oder fanatischen Gestalt auch immer als zu bekämpfenden Konkurrenten betrachtete. Wenige Wochen vor der Konferenz in Baku war diese Position bereits von der Komintern, die in

Moskau zu ihrem Zweiten Kongress zusammengekommen war, in ihren »Leitsätzen über die Nationalitäten- und Kolonialfrage« beraten und beschlossen worden. Deren elfter verpflichtete die Kommunistischen Parteien zum »Kampf gegen den Panislamismus und die panasiatische Bewegung«, da diese versuchten, »den Freiheitskampf gegen den europäischen und amerikanischen Imperialismus mit der Stärkung der Macht des türkischen und japanischen Imperialismus und des Adels, der Großgrundbesitzer, der Geistlichen usw. zu verbinden«.³

Aus den Leitsätzen sprach der Geist der Weltrevolution – zu einer Zeit nämlich, als an deren Eintreten noch ernsthafte Hoffnungen geknüpft werden konnten. Die »Gleichberechtigung der Nationen« war daher eben nicht um ihrer selbst willen zu erringen, denn als bloße Abgrenzung nach außen bleibe sie hohle Phrase, verfestige den »nationalen Egoismus« und konserviere »kleinbürgerlich-nationale Vorurteile« in allen möglichen Formen, darunter »Rassenhass, nationale Verhetzung, Antisemitismus«. Demgegenüber verlangte »der proletarische Internationalismus: (...) 1. die Unterordnung der Interessen des proletarischen Kampfes des einen Landes unter die Interessen dieses Kampfes im Weltmaßstab; 2. von der Nation, die ihren Sieg über die Bourgeoisie durchführt, die Fähigkeit und Bereitwilligkeit, die größten nationalen Opfer zu bringen, um den internationalen Kapitalismus zu stürzen«.⁴ Solange das angestrebte Ziel die »internationale Diktatur« des Proletariats war, durfte der Charakter der »bürgerlichen Befreiungsbewegungen« in den kolonialen Ländern nicht gleichgültig bleiben. Deren Unterstützung durch die Kommunisten war, wie Lenin vor den Kongressdelegierten ausführte, an die Bedingung gekoppelt, dass sie dann »wirklich revolutionär sind, wenn ihre Vertreter uns nicht hindern, die Bauernschaft und die breiten Massen der Ausgebeuteten in revolutionärem Geist zu erziehen und zu organisieren«. Andernfalls sei diese Bourgeoisie zu bekämpfen.⁵

Weltrevolutionärer Horizont

Die Kolonial- und Nationalitätenfrage, so wie man sie sich damals vorlegte, stand also unübersehbar im Kontext einer erwarteten Weltrevolution, weshalb zwischen einer emanzipatorischen Befreiungsbewegung, die einer perspektivischen Überwindung der Klassenherrschaft nicht im Wege stünde, und einer solchen, die deren erneute Festigung unter veränderten Vorzeichen mit repressiven Mitteln anstrebte, sehr wohl unterschieden wurde. Von diesem Standpunkt ist dann sukzessive immer weniger übriggeblieben. In dem Maße, in dem sich die Aussichten auf einen baldigen globalen Umsturz der

Kapitalherrschaft verfinsterten, verlagerte die spätere UdSSR die Außenpolitik verstärkt auf die Ebene der Diplomatie.

Bei aller Widersprüchlichkeit, die vor allem daher rührte, dass die Sowjetunion nach Abklingen der revolutionären Erschütterungen auf dem europäischen Kontinent einstweilen alleine blieb, gebührt der Kommunistischen Internationale das Verdienst, in den Kolonien aus dem Elenden und Beladenen, dem Ausgebeuteten und Unterdrückten, kurz aus dem Knecht einen für alle Welt sichtbaren Kombattanten gemacht und ihn in den Rang eines tätigen und umstürzlerischen Subjekts erhoben zu haben, wo er zuvor und auch bei solchen, die den Kolonialismus ablehnten, ein bloßes Objekt war: passiv, also stumm und reglos erleidend, unmündig und zur Selbstbefreiung unfähig. Diese Anerkennung erhielt ihren emblematischen Ausdruck in dem erstmals 1920 in Baku formulierten und seither üblich gewordenen Appell, wonach sich nicht nur die »Proletarier aller Länder«, sondern auch die »unterdrückten Völker« vereinigen sollten. Auch wenn diese einem Slogan nun mal eigene Vereinfachung später immer wieder zu Missverständnissen und Neuinterpretationen, zu Völkerromantik und Ethnokitsch führte, waren damit keine ethnisch definierten homogenen Entitäten angerufen. Wer so etwas behauptet, hat die entsprechenden Resolutionen, die alle den Versuch bzw. Ansätze einer verallgemeinerbaren Klassenanalyse der Gesellschaften in den imperial beherrschten bzw. eben erst unabhängig gewordenen Weltgegenden enthalten, grob fehlgedeutet oder schlichtweg ignoriert. (...)

Die Dynamik des 20. Jahrhunderts – Oktoberrevolution, Systemkonfrontation, Dekolonisierung – schenkte der Welt eine Vielzahl neuer, zumindest völkerrechtlich unabhängiger Staaten. Vor dem Ersten Weltkrieg existierten etwas mehr als 30, in der Zwischenkriegszeit 65, und bis Ende der 1980er Jahre lag deren Zahl bereits bei rund 170. Und so finster die Ideologie, so rüde die Methoden, so autoritär die spätere Herrschaft so manch einer dieser nationalen Befreiungsbewegungen auch gewesen sein mögen, man wird einräumen müssen, dass die Abschüttelung des kolonialen Jochs und das Beschreiten eines eigenen Entwicklungswegs zwar oft, aber eben nicht überall ein schlechtes Ende nahm. Am Anfang stand die Hoffnung. Die Oktoberrevolution bzw. dann die Sowjetunion, nicht weniger die erfolgreiche Revolution in einem bäuerlich geprägten Land wie China, gaben Impuls und fungierten als Vorbild etlicher Bewegungen in den abhängigen Weltgegenden. »So wirkte der Sozialismus«, schreibt Hobsbawm, »in der Unabhängigkeitsperiode auf die dekolonisierten Regierungen nicht nur deshalb attraktiv, weil sich die metropolitane Linke schon immer den Antiimperialismus auf die Fahne

geschrieben hatte, sondern vor allem auch deshalb, weil die Sowjetunion für diese Regierungen einen Modellcharakter hinsichtlich der Möglichkeit hatte, die Rückständigkeit des Landes mittels planwirtschaftlicher Industrialisierung zu beseitigen«.6 An der Sowjetunion ließ sich studieren, wie vermöge einer forcierten (und gleichwohl auch extrem opferreichen) Industrialisierung binnen zweier Jahrzehnte aus einem rückständigen Agrarland eine Macht erstand, die imperialistischer Aggression zu trotzen vermochte. So oder so ähnlich sollte die nachholende Entwicklung in den ehemaligen Kolonien ebenfalls vonstatten gehen.

Letztlich aber haben die um Unterstützung bittenden Länder Afrikas mit prosowjetischer Ausrichtung und planwirtschaftlicher Ökonomie »niemals auf eigenen Füßen gestanden. Sie entzogen der Sowjetunion vielmehr einen konstanten Strom von mehreren Milliarden Dollar jährlich«.7 Nur ein kleiner Teil der jeweiligen Bevölkerung fragte die eigenen industriell gefertigten Erzeugnisse nach, der mögliche Markt für solche Güter blieb mithin von Anfang an beschränkt und machte deren Produktion, die zudem auf Vorimporte und Kredite angewiesen war, unrentabel. Letztere mussten in Valuta bedient werden, während die Produkte aus eigener Herstellung in einheimischer Währung zu bezahlen waren. Die Verschuldung wuchs und brachte den Internationalen Währungsfonds auf den Plan, der weiteres Geld nur unter der Bedingung neoliberaler Strukturanpassungsprogramme zu geben bereit war. Das aber bedeutete zunächst Privatisierung der Betriebe und später Deindustrialisierung.

Vakanter Posten

Solcherlei ökonomische Dilemmata der Peripherie fochten die enthusiastischsten Unterstützer von der »neuen Linken« in den Metropolen in der Regel nicht an. Deren Parteinahme für die »dritte Welt« gründete großenteils auf Idealisierung und Verklärung oder aber Verzerrung und Verdammung und hatte mehrerlei Ursachen. Das Verhältnis zur UdSSR und den Staaten des »Ostblocks« war bestenfalls ambivalent. Die einrollenden Panzer der Sowjetarmee in Budapest 1956 ließen Moskau weniger als Zentrum der Weltrevolution erscheinen denn vielmehr als Hauptstadt einer Hegemonialmacht, die das von ihr arrondierte Gebiet im Zweifel militärisch zu schützen bereit war. Ernüchtert von der kommunistischen Weltbewegung mochten etliche auch angesichts des Umstands gewesen sein, dass die französische KP den Unabhängigkeitskampf der Algerier ablehnte und sich statt dessen für eine »Union zwischen Frankreich und Algerien« aussprach. Die westliche Arbeiterklasse, der – infiziert von Wirtschaftsboom und Vollbeschäftigung, Sozialstaat und Massenkonsum – ein schlimmes Phlegma attestiert wurde, wollte der

»neuen Linken« ebenfalls nicht die ersehnte Hoffnung verkörpern. Wo die Ausgebeuteten der ersten und die Führer der zweiten enttäuschten, hatten die Völker der »dritten Welt«, die gleichsam zum Sehnsuchtsort erhöht wurde, den vakanten Posten des revolutionären Subjekts einzunehmen.

Das Engagement für den Trikont kompensierte die eigene Erfolglosigkeit in den kapitalistischen Zentren angesichts einer nach 1968 wahrgenommenen geringen Wahrscheinlichkeit dortiger revolutionärer Umbrüche. Dabei waren die »Bezugspunkte der Solidaritätsarbeit« zumindest in der Bundesrepublik, wie Michael Steffen in seiner Untersuchung des Kommunistischen Bunds anmerkt (und an dieser Stelle die gesamte »neue Linke« meint), »extrem konjunkturabhängig und wechselten im Rhythmus von Idealisierung und Distanzierung. (...) Abgrenzung und Themenwechsel erfolgten oftmals dann, wenn die Situation in den Ländern aufgrund zunehmender Komplexität und Widersprüchlichkeit nicht mehr so ohne weiteres in den üblichen Freund-Feind-Schemata abgehandelt werden konnte«.8

Von der Sprunghaftigkeit unberührt blieben der Voluntarismus oder, mit Wolfgang Harich gesprochen, die »revolutionäre Ungeduld« und die klirrende Phraseologie. Nicht weniger als die »volle Identifikation mit der Notwendigkeit des revolutionären Terrorismus und des revolutionären Kampfes« in der »dritten Welt« verlangte etwa Rudi Dutschke.⁹ Bei soviel politischer Romantik konnten die Maßstäbe schon mal verrutschen. Auf dem Umweg über die »volle Identifikation« mit den »unterdrückten Völkern« wähten etliche die eigene Nation als unfrei, auf allen Ebenen beherrscht vom US-Imperialismus westlich bzw. vom »Sozialimperialismus« der Sowjetunion östlich der Elbe.

Unabhängig von solchen ideologischen Grenzgängen bleibt die Feststellung, dass zu jener Zeit Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre innerhalb dieser Linken »ein Paradigmenwechsel von der politökonomischen Analyse zur Wiederentdeckung der Kultur« erfolgte.¹⁰ Der Kultur schrieben solche Leute dann kurzerhand ein emanzipatorisches Widerstandspotential zu. An den Universitäten lieferte der Poststrukturalismus das Besteck, sich von den universellen Werten der Aufklärung endgültig zu befreien. Die Kritik an Universalismus und Marxismus, an Materialismus und politischer Ökonomie fand ihren schärfsten Ausdruck in der postkolonialen Theorie. »Der Universalismus«, gibt der New Yorker Soziologe Vivek Chibber die Lesart der Vertreter der Postcolonial Studies wieder, »leiste kolonialer Beherrschung Vorschub, indem er einige äußerst spezifische Momente europäischer Kultur auf die Stufe genereller

Eigenschaften der Menschheit hebe, die auf globaler Ebene gelten sollen«. Das Urteil, das er dann fällt, nimmt sich so zutreffend wie wenig schmeichelhaft aus: Die Verfechter postkolonialer Theorie leisteten »einer massiven Wiederkehr von Nativismus und Orientalismus Vorschub. Es geht nicht nur darum, dass sie mehr Wert auf das Lokale legen als auf das Universale. Ihre Aufwertung des Lokalen, ihre Fixierung auf kulturelle Besonderheiten und vor allem ihr Beharren auf Kultur als Quelle von Handlungsmacht hat genau dem Exotismus den Weg bereitet, den die Linke einst an kolonialen Darstellungen des Nichtwestens verabscheute«.11 Daran hat sich bekanntermaßen bis heute kaum etwas geändert.

Gesellschaftliche Standards

Dass dieser Siegeszug auf theoretischer Ebene so umfassend sein konnte, hat weltpolitisch eine Menge mit dem Untergang des Sozialismus zu tun. Solange der Kalte Krieg die globalen Konflikte überformte, fiel die Orientierung leicht. Eine erfolgreiche Bekämpfung der US-Außenpolitik bedeutete Stärkung des von der Sowjetunion angeführten Machtblocks. Die Kräfte, die an der Seite der UdSSR fochten, konnten als fortschrittlich, diejenigen, die Unterstützung von den USA erhielten, als reaktionär gelten. Das war eine einfache Rechnung, die in der Regel immer aufging (was indessen und beispielsweise nicht ausschloss, dass Moskau aus geopolitischen Erwägungen ein Bündnis mit den Schlächtern des Baath-Regimes im Irak einging, die, einmal an der Macht, Massenhinrichtungen vor allen von Kommunisten befohlen). Zahlreiche Anführer der nationalen Befreiungsbewegungen hatten im Westen studiert, verstanden sich als sozialistisch und fühlten sich der europäischen Tradition der Aufklärung verpflichtet. Der Einfluss der Sowjetunion auf die Verbündeten in der »dritten Welt« sorgte für die Setzung bestimmter gesellschaftlicher Standards wie allgemeine Schulpflicht und juristische Gleichbehandlung der Frauen (man denke nur an die Verhältnisse in Afghanistan, bevor die USA die islamistischen Banden der Mudschaheddin aufrüsteten). Letztlich ging es in diesen Ländern, worauf auch Lenin schon 1913 hingewiesen hatte, um den Nachvollzug einer bürgerlichen Revolution unter freilich gänzlich anderen historischen, ökonomischen und kulturellen Bedingungen; darüber hinaus allerdings zumindest offiziell um weitergehende Ziele. Die sozialistischen Länder, die nationalen Befreiungsbewegungen und jungen Nationalstaaten in der »dritten Welt« sowie die Linke in den kapitalistischen Metropolen kämpften in der Wahrnehmung der Fortschrittsoptimisten an unterschiedlichen Fronten gemeinsam gegen den Imperialismus und für die weltweite Abschaffung der Ausbeutung.

Davon blieb – von sehr wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen, allen voran der tapfere kleine Inselstaat in der Karibik – nach 1991 nichts mehr übrig. Die Metropolenlinke ist wieder allein. Und Einsamkeit kann verrückt machen. Die Frage, wer der Gute, wer der Böse und wer eigentlich der Hässliche ist, kann seit dem Abtreten der Sowjetunion nicht mehr ganz einfach beantwortet werden. Die Deutungsschablonen aus dem Kalten Krieg taugen kaum noch. Nichts zeigt das vielleicht deutlicher als der Krieg in Syrien. Unterschiedlichste bewaffnete Einheiten mit in der Regel äußerst zweifelhafter Ausrichtung genossen in ihrem Aufstand gegen die als illegitim erachtete Assad-Herrschaft von Anfang an die politische, finanzielle und waffentechnische Unterstützung aus Washington, Ankara, Riad und Doha, während umgekehrt die Regierung in Damaskus die Hilfe von Moskau und Teheran erhält. Der dortige Krieg besitzt neben der lokalen Dimension der inneren Konfrontation auch eine regionale, bei der Mächte wie Türkei, Iran oder Saudi-Arabien ihren Einfluss zu wahren oder zu mehren suchen, und er hat nicht zuletzt eine globale Dimension, da Russland und die USA die je andere Seite der Konfliktparteien unterstützen. Von keiner einzigen der beteiligten Mächte kann ernsthaft behauptet werden, dass es ihr Sinnen und Trachten wäre, der Menschheit auf den Sprung zu helfen.

Einen nicht ganz unerheblichen Unterschied gibt es dann aber doch noch: Die einen mischen sich gegen dessen Willen in Angelegenheiten eines souveränen Staates ein, während die Unterstützung der anderen von der Regierung ausdrücklich erwünscht ist. Das Völkerrecht in Gestalt der UN-Charta schreibt der Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen und dem Einmischungsverbot einen hohen Rang zu und war nach dem Zweiten Weltkrieg ein zivilisatorischer Fortschritt. Seine Verteidigung ist eine permanente Entlarvung der Praxis jener imperialistischen Staaten, die völkerrechtliche Standards einst ausgehandelt und ratifiziert hatten, um sie in der Folge regelmäßig und kriegerisch zu unterlaufen. Dass aber ein abstraktes Prinzip wie das internationale Recht, das keine Macht garantiert, weil es in einer nach Staaten geordneten Welt keinen Inhaber des Gewaltmonopols für solche Fragen, keinen Weltsouverän geben kann, gewissermaßen an die Stelle einer realen Fortschrittmacht wie der UdSSR getreten ist, zeigt an, wie schwach der Standpunkt eines »aufgeklärten Antiimperialismus« geworden ist.

Eine Menschheit

Wo damals nationale Befreiungsbewegungen agierten, wütet heute vielerorts der »negative Universalismus« des religiösen Wahns, der sich, wie Robert Kurz schrieb, »spiegelbildlich zum negativen Universalismus des Kapitals verhält«.12 Bei allen

Verheerungen, die er anrichtet, wirkt letzterer auch als großer Leveller: »Der Kapitalismus breitet sich in alle Ecken der Welt aus, angetrieben von seinem unstillbaren Hunger nach Profit, und indem er das tut, indem er einen immer größeren Teil der Weltbevölkerung unter seine Herrschaft bringt, schreibt er eine wahrhaft universale Geschichte, die Geschichte des Kapitals«.13 Seit einiger Zeit leben weltweit mehr Menschen in den Städten als auf dem Land und alle – zugegeben nicht sehr zahlreichen – Untersuchungen besagen, dass das Weltproletariat wächst. Das ist noch lange kein Anlass zur Hoffnung. Aber ein Antiimperialismus des 21. Jahrhunderts hätte demgemäß nicht das Loblied der Differenz anzustimmen, die Vielfalt der Kulturen zu besingen oder von der Aktionseinheit partikularer Identitäten zu träumen, sondern sollte vielmehr dem brutal gleichmacherischen des Kapitals einen positiven Universalismus der einen Menschheit entgegensetzen. Und so lautete auch der Anspruch, den die Oktoberrevolution vor einem Jahrhundert erhob.